



Die Trump-nahe Projektgruppe „Project 2025“ will die Klimaforschung der USA von Grund auf umkrepeln – besser gesagt: zerschlagen. Das Budget der renommierten National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) soll drastisch gekürzt werden. Was bisher als Rückgrat der amerikanischen Umwelt- und Klimapolitik galt, steht nun plötzlich auf der Kippe.

Laut einem internen Memo des Weißen Hauses ist geplant, das Budget der NOAA von aktuell 6,1 Milliarden auf nur noch 4,5 Milliarden US-Dollar zu schrumpfen. Das ist ein Einschnitt von rund 27 Prozent. Besonders hart trafe es das „Office of Oceanic and Atmospheric Research“ (OAR), das als Schaltzentrale für Klimastudien innerhalb der Behörde dient. Dieses soll komplett gestrichen werden.

Das große Aufräumen – oder das große Risiko?

Man könnte fast meinen, es handle sich um eine neue Reality-TV-Staffel: „Amerikas Behörden auf Diät“. Doch was auf dem Spiel steht, ist kein Show-Effekt, sondern die Basis jahrzehntelanger Forschung. Das OAR liefert nicht nur essenzielle Daten für den Klimawandel, sondern versorgt Behörden weltweit mit Wetterprognosen, Frühwarnsystemen für Naturkatastrophen und Informationen zur marinen Biodiversität.

Im gleichen Atemzug sollen auch die Zuständigkeiten des „National Marine Fisheries Service“ – der sich um den Schutz bedrohter Meeresarten und die Durchsetzung von Umweltgesetzen kümmert – an den „U.S. Fish and Wildlife Service“ übergehen. Was zunächst nach effizienter Umstrukturierung klingt, könnte in Wirklichkeit zu einem Kompetenzverlust führen, warnen Experten. Denn: Der U.S. Fish and Wildlife Service hat kaum Erfahrung mit den komplexen ökologischen Zusammenhängen der Meereswelt.

Kritik auf breiter Front

Ehemalige NOAA-Administratoren und Umweltorganisationen schlagen Alarm. Sie befürchten nichts weniger als den Kollaps eines der wichtigsten wissenschaftlichen Netzwerke der USA. Die NOAA gilt als Datenmotor für Landwirte, Fischereibetriebe, Versicherungen, Katastrophenschutz und sogar das Militär. Wer hier spart, spart nicht an der Forschung – sondern an der Sicherheit der Bevölkerung.

Doch warum dieser radikale Sparkurs?

Die Antwort liegt im konservativen Leitfaden „Project 2025“. Dieser sieht nicht nur eine komplette Umgestaltung der US-Umweltpolitik vor, sondern möchte Klimaschutz-Maßnahmen zugunsten fossiler Energien beenden. Ausgerechnet in einer Zeit, in der



Extremwetterereignisse zunehmen und die globale Temperatur neue Rekorde bricht, scheint man auf Bundesebene einen Kurswechsel in Richtung Vergangenheit einzuschlagen.

„Noch nichts beschlossen“ - ein schwacher Trost

Zwar betont das Weiße Haus, dass die Pläne noch nicht in Stein gemeißelt sind – doch die Tatsache, dass ein derart detailliertes Memo überhaupt existiert, spricht Bände. Wissenschaftler und Aktivisten rufen daher den Kongress auf, sich schützend vor die NOAA zu stellen. Es geht nicht nur um Budgets und Behördenstrukturen. Es geht um Glaubwürdigkeit, um wissenschaftliche Unabhängigkeit – und letztlich um unsere Fähigkeit, auf die Klimakrise vorbereitet zu sein.

Wie wollen wir Extremwetter vorhersagen, wenn wir die dafür notwendigen Datenquellen abschalten?

Wenn Forschung zur Verhandlungsmasse wird

Gerade in einer Zeit, in der die Welt auf wissenschaftlich fundierte Lösungen angewiesen ist, mutet dieser Kurswechsel wie ein Rückfall in alte Denkmuster an. Der politische Wille, die Umweltpolitik zu „verschlanken“, könnte am Ende zur völligen Handlungsunfähigkeit führen. Viele sehen in der geplanten Zerschlagung der NOAA weniger eine Kostenfrage – sondern einen ideologischen Kreuzzug gegen den Klimaschutz.

Doch vielleicht ist gerade jetzt der richtige Zeitpunkt, sich daran zu erinnern, wie viele Lebensbereiche von dieser Arbeit abhängen. Wetter-Apps, Sturmwarnungen, Agrarberatung, Schifffahrtsrouten, Fischereiquoten – all das basiert auf Daten, die ohne die NOAA ins Leere laufen würden.

Am Ende stellt sich die Frage: Wie teuer kommt uns eine Sparpolitik zu stehen, die auf Kosten von Wissen, Sicherheit und Umwelt geht?

Von C. Hatty